

Stellungnahme zum Wirtschaftskonzept der SP Schweiz
„Unsere Wirtschaft.
Vorschläge für eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik 2019-2029“

Die Geschäftsleitung der SP Schweiz hat am 26. Oktober 2018 ihren Entwurf für ein neues Wirtschaftskonzept zuhanden des Parteitags vom 1./2. Dezember 2018 veröffentlicht und am 23. November zu den 95 eingegangenen Anträgen Stellung genommen.

Die Reformplattform hatte sich zu Beginn des Prozesses an den Arbeiten beteiligt, war mit ihren grundlegenden Anliegen an der Delegiertenversammlung vom 24. Februar 2018 nicht durchgedrungen.

Zusammenfassend lässt sich zum Wirtschaftskonzept vor der Beschlussfassung durch den Parteitag feststellen:

1. Es wird anerkannt, dass die Projektleitung und die Geschäftsleitung einige Verbesserungen am Konzept eingebracht und durchgesetzt haben. Die Reformplattform führt dies u.a. auf ihre kritische Haltung zurück, die sie intern und öffentlich kundgetan hatte.
2. Das Wirtschaftskonzept ist leider nach wie vor geprägt von einer interventionistischen Wirtschaftspolitik und von wenig Verständnis für die Rahmenbedingungen einer sozialen Marktwirtschaft.
3. Zudem hat die Geschäftsleitung durch die unverständliche Zustimmung zu einigen problematischen Anträgen das Papier wieder verschlechtert. In einem besonders krassen Fall soll mit Zustimmung der Parteileitung der private Bodenbesitz und vieles mehr enteignet werden (Antrag A-56).

1. Einfluss der Reformplattform spürbar

Eine Arbeitsgruppe der Reformplattform hatte sich Anfang 2018 intensiv mit einem Vorentwurf für das Wirtschaftskonzept auseinandergesetzt. Daraus wurden *vier Motionen* zuhanden der SP Schweiz formuliert, die sowohl von der Geschäftsleitung als auch von der Delegiertenversammlung vom 24. Februar 2018 rundweg abgelehnt wurden. Die Reformplattform stellte daraufhin ihre Mitarbeit am weiteren Prozess (Erarbeitung von Forderungen) ein.

Eine Beurteilung des nun vorliegenden Entwurfs für ein neues Wirtschaftskonzept gelangt im Analyseteil (Kapitel 1 und 2) zu folgendem Resultat:

- Die vormals undifferenzierte **Darstellung der Wirtschaft** in der Einleitung (vgl. *Motion Pascale Bruderer*) wurde ein bisschen abgemildert und in einem neuen Kapitel 1.3 „Eine Vielfalt von Unternehmen“ eine Annäherung an die wirtschaftliche Realität versucht. Die Polemik gegen „sogenannte Wirtschaftsführer und Anlegerinnen“ ganz zu Beginn des Papiers wirkt aber nach wie vor unprofessionell.
- Erstmals taucht im Wirtschaftskonzept der Begriff „**Marktwirtschaft**“ auf, und zwar in einem neuen Kapitel 1.4 „Kapitalismus und Marktwirtschaft“. Die Auseinandersetzung mit der Marktwirtschaft ist erfreulich, auch wenn nicht die soziale Marktwirtschaft ins Zentrum gestellt wird (*Motion Daniel Jositsch*) und die Analyse nicht zufriedenstellt (so ist die Lebensmittelversorgung eine unverzichtbare Dienstleistung, aber dennoch nicht „Teil des Volksvermögens“). Die im Konzept vorherrschende Staatsgläubigkeit wird immerhin dadurch gebrochen, dass auch der Staat seine Tätigkeit immer wieder hinterfragen müsse.
Bemerkenswert ist, dass die im Wirtschaftskonzept aufgeworfene Frage nach der Überwindung des Kapitalismus nicht positiv beantwortet wird ...

- Der Einwand der Reformplattform, dass das topaktuelle Thema der **Digitalisierung** defensiv und stiefmütterlich behandelt werde (*Motion Yvonne Beutler*), zeigte Wirkung. Die Haltung in Kapitel 2.2.1 ist nun differenzierter und nimmt die Chancen besser in den Blick.
- Auch die mit der *Motion Peter Tschanz* bemängelte widersprüchliche Haltung zur **Globalisierung** wurde in Kapitel 2.2.2 bereinigt.

Wir dürfen befriedigt feststellen, dass die sachliche Argumentation der Reformplattform bei den zuständigen Stellen der SPS bei der Weiterbearbeitung des Wirtschaftskonzepts Wirkung gezeigt hat.

2. Fehlende Bereiche und problematische Forderungen

Beim Kapitel 3 „Politische Stossrichtungen“ werden rund 120 konkrete Massnahmen dargestellt. Viele Forderungen gehören zum sozialdemokratischen Konsens, z.B. die Erhöhung der Bildungsanstrengungen, um den Menschen den Anschluss an den wirtschaftlichen Wandel zu ermöglichen; oder der Kampf gegen einen schrankenlosen interkantonalen Steuerwettbewerb. Andere wiederum zeugen von einer naiven Staatsgläubigkeit (es wird besser, wenn der Staat das in die Hände nimmt) und einem Misstrauen in die Mündigkeit der Menschen, sei es als Konsumentinnen und Konsumenten, Arbeitnehmende oder Unternehmerinnen und Unternehmer.

Unzureichend behandelt wird der Bereich der **Raumordnungs-, Agglomerations- und Regionalpolitik**. Wirtschaft und Wachstum ist räumlich ungleich verteilt. Gefordert wird ein gleichmässiger Zugang zum Service public – aber reicht dies? Wie stellt sich die SP zur Entwicklung der Berggebiete und des Tourismus; sollen die Berggebiete zu einer alpine Brache als Ausgleichsfläche zu den Zentren werden? Und wie hält es die SP mit den Agglomerationen – gibt man sich zufrieden mit gesichtslosen Betonwüsten oder gibt es hier einen Gestaltungswillen?

Als besonders **problematisch** fallen folgende Forderungen auf:

- **35-Stunden-Woche** mit vollem Lohnausgleich (Kap. 3.1.2): Es ist richtig, dass den Arbeitnehmenden ein angemessener Anteil am wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen zusteht. Aber auch diese Forderung ist masslos und von den Unternehmen nicht finanzierbar, wenn sie im wirtschaftlichen Wettbewerb bestehen wollen. Die Annahme einer fortschreitenden allgemeinen Produktivitätserhöhung, die einfach abgeschöpft werden könne, ist zudem nachweisbar falsch.
- **Bedingungsloser bezahlter Urlaub (Sabbatical) von 12 Monaten** (Kap. 3.1.2): Diese Forderung würde gerade kleine Unternehmen in ernsthafte Schwierigkeiten bringen. Abgesehen von der Finanzierung müssten die betroffenen Stellen von den Unternehmen frei gehalten und mit befristeten Anstellungen besetzt werden. Oder die Urlaube gehen zulasten der anderen Mitarbeitenden, die zusätzliche Arbeit leisten müssten.
- **Kündigungsschutz für über 55-Jährige** (3.1.6): Besonders fatal ist die Forderung, dass über 55-jährigen Arbeitnehmenden, die 10 Jahre im Betrieb tätig waren, nicht gekündigt werden darf. Dieser Kündigungsschutz würde sich unfehlbar als Bumerang erweisen: Welcher Arbeitgeber wird in Zukunft einen älteren Arbeitnehmenden fest anstellen? Ab 45 Jahren wird man dank der SP definitiv zum alten Eisen befördert.
- **Anlagen in fossile Energieträger** (3.2.1): In der Schweiz sollen von privaten Investierenden nach 2030 (gemäss einem von der Geschäftsleitung akzeptierten Änderungsantrag bereits nach 2025) generell keine Anlagen mehr in die Erschliessung fossiler Energieträger mehr getätigt werden dürfen. Diese Forderung geht von unmündigen Anlegern und Anlegerinnen aus, denen im Detail vorzuschreiben ist, was sie tun oder eben lassen sollen.

- **Staatlicher Zukunftsfonds** (3.2.4): Wenn es wirklich darum ginge, innovative Unternehmen in der Startphase zu fördern, so müssten nur die bestehenden Gefässe besser dotiert werden. Im vorliegenden Konzept sollen aber unter anderem fallite Unternehmen gestützt werden, oder es soll neuen Firmen, die auf dem Markt kein Risikokapital erhalten, finanziell auf die Beine geholfen werden. Mit anderen Worten: Die Allgemeinheit soll die Risiken tragen, die von Privaten nicht getragen werden. Was daran sozialdemokratisch sein soll, ist der Wählerschaft nicht zu vermitteln.

3. Drohende Verschlechterungen des Wirtschaftskonzepts

Das Positive vorneweg:

- Die Geschäftsleitung stimmt dem Antrag A-20, Jositsch, zu und entfernt aus der Positionierung der SP beim Kapitel 2.2.3, Wachstum und Klimaschutz, die Behauptung, dass eine „**Vergesellschaftung der Profite**“ Voraussetzung für die Bewältigung des Klimawandels sei.
- In verschiedenen Fällen wehrt sich die Geschäftsleitung zudem gegen offensichtliche Verschlechterungen des Papiers.

Dies ist aber nicht immer der Fall, wie die Reformplattform mit Bestürzung zur Kenntnis nehmen muss. Konkret nimmt die Plattform zu folgenden Anträgen Stellung:

- **35-Stundenwoche.** Zustimmung der Reformplattform zu den Streichungsanträgen A-35, Thévoz/GE, und A-36, Wyss/BS.
Das Ziel der 35-Stundenwoche sollte aus dem Wirtschaftskonzept gestrichen werden, da es nicht finanzierbar und der wirtschaftlichen Wohlfahrt abträglich ist. Die Geschäftsleitung stellt sich gegen die Anträge.
- **Bezahlter Sabbatical.** Zustimmung zum Antrag A-39, Racine/BE.
Die unrealistische Forderung eines 12-monatigen bezahlten Sabbatical auf 3 Monate zu reduzieren, geht in die richtige Richtung. Der Antrag wird von der Geschäftsleitung abgelehnt.
- **Unternehmenanteile für die Mitarbeitenden.** Zustimmung zum Streichungsantrag A-43, Rochat/NE.
Der bemerkenswerte Antrag wendet sich gegen die Idee, dass ein Teil der Unternehmensgewinne in der Form von Anteilen an die Mitarbeitenden ausgeschüttet werden sollte. Neben volkswirtschaftlichen Argumenten führt der Antragsteller zurecht ins Feld, dass dies zulasten der Lohnzahlungen gehen würde. Die Geschäftsleitung weist den Antrag zurück.
- **50% der Verwaltungsratssitze für die Mitarbeitenden.** Ablehnung des Antrags A-44, SP60+.
Wenig Verständnis kann die Reformplattform sowohl dem Antrag als auch der modifizierten Entgegennahme durch die Geschäftsleitung entgegenbringen, wonach den Arbeitnehmenden „mindestens 50%“ der Verwaltungsratssitze von Aktiengesellschaften zuzuteilen seien. Wie die Geschäftsleitung selbst zugibt, ist die Forderung unrealistisch und zu rigoros.
- **Grossflächige Enteignung von Privateigentum.** Ablehnung von Antrag A-56, Wüthrich/BE.
Völlig absurd ist die Zustimmung der Geschäftsleitung zu diesem Antrag, wonach die privaten Eigentümerinnen und Eigentümer von „Basisinfrastruktur der Schweizer Wirtschaft“ (was immer das sein mag) in folgenden Bereichen zu enteignen seien:
 - Wasser
 - Boden (= flächendeckende Enteignung aller Grundeigentümerinnen und -eigentümer)
 - Strom
 - Bildung (= weg mit den privaten Schulen, weg mit den Aus- und Weiterbildungsinstitutionen der Berufsverbände etc.)

Reformorientierte Plattform in der SP Schweiz

- Gesundheit (= Enteignung aller privaten Kliniken, Rehas, Arztpraxen, Physiotherapien ...)
- Mobilität (= Übernahme aller Bergbahnen, privaten Buskurse etc.)
- Post (= Ausschaltung des Wettbewerbs bei der Paketpost)
- Kommunikation (= weg mit UPC, Salt, Sunrise, zurück zum PTT-Monopol)
- etc. (was dieses „etc.“ wohl noch alles beinhalten mag?)

Nach Auffassung der Geschäftsleitung gehört also der private Besitz in den aufgeführten Bereichen „ins Volksvermögen“. Was mag die Parteileitung da geritten haben, nachdem sie im Februar 2018 einen ähnlichen Antrag noch mit grossem Aufwand und erfolgreich bekämpft hatte?

- **Vollgeld-Initiative durch die Hintertüre.** Ablehnung des Antrags A-59, Wüthrich/BE. Nicht besser ist, dass die Geschäftsleitung einem weiteren Antrag aus der Küche der Vollgeld-Initiative aufsitzt. Demgemäss soll die Schweizerische Nationalbank (SNB) neben Münzen und Noten auch „elektronische Franken“ herausgeben. Mit einem solchen Manöver sollten **„die Gewinne durch die Geldherstellung (Seignorage)“** von den privaten Geschäftsbanken zum Staat umgelenkt werden. Derartige mit einem komplexen Modell errechnete Gewinne der SNB würden aber nur entstehen, wenn die Nationalbank anstelle der Geschäftsbanken Kredite vergeben würde – etwas, was die SP Schweiz und eine grosse Mehrheit der Stimmberechtigten vor Kurzem deutlich abgelehnt haben. Einem solch widersprüchlichen Positionsbezug der Geschäftsleitung, der die Partei blamiert, muss der Parteitag eine Absage erteilen.
Zum Hintergrund des Antrags: <https://www.fuw.ch/article/nmtm-wer-beim-geldschoepfen-wirklich-kassiert/>
- **„Spekulation“ mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln in der Schweiz.** Ablehnung von Antrag A-81, Béguelin/NE).
Was ein von der Geschäftsleitung unterstütztes Verbot der „Spekulation“ mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln in der Schweiz konkret bedeuten würde, lässt sich nicht bestimmen. Wo endet der übliche Handel und wo beginnt die Spekulation? Soll der Handel mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln verboten oder auf einen Spekulationsverdacht kontrolliert werden? Es sind wohlfeile und populäre Forderungen, die aber mangels konkretem Bezug zur Realität den Eindruck von Unseriosität vermitteln, wogegen sich die Reformplattform wendet.

Matthias Manz
Daniel Jositsch

28. November 2018